

Subjekt: Frau Rachel Ristucci, GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Aktenzeichen [#####] - Landgericht Potsdam, Email von Ristucci, Rachel <RRistucci@GOERG.de>, am Di 04.10.2022 09:49 mit Nachrichten-ID e004a43625c74d66a1f73447e43353d8@GOERG.de

Datum: 11.10.2022 17:49:44 Uhr

Guten Tag **Frau Rachel Ristucci**,

Gott schütze Sie Frau Rachel Ristucci, besonders wenn Sie gegen Covid geimpft sind.

Vielen Dank für Ihr Interesse an meiner Person - ich date Sie nicht und bin auch nicht an einer romantischen Beziehung mit Ihnen interessiert!

Ihre Email an mich kann von mir nur privat gewertet werden, denn digitale Geschäftspost ist 1.) verschlüsselt und 2.) im Minimum mit einer Qualifizierten Elektronischen Signatur (QES, ZPO, § 130a, Absatz 3) versehen - dies sollte Ihnen aus dem Anwaltspostfach (beA) bekannt sein.

Eine weitere Anmerkung zu Ihrer Email: Wenn eine Firma einen Vertrag (einseitig) gekündigt hat, dessen Vertragsbestandteil "Mitteilung von Adressänderungen" war, dann bestehen von Seiten des Gekündigten auch keine "vertraglichen Verpflichtung" mehr diesem (nun) Wunsch der Firma nachzukommen - weil der Vertrag gekündigt wurde! Ihre Ausführung in der Email waren somit mehr als nur irreführend.

Weiterhin steht die **Kanzlei GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB** in **keinem guten Licht**, was das Thema Datenschutz und Pflichtangaben in Geschäftsbriefen angeht. Ihre Email Frau Rachel Ristucci stellt den ersten Kommunikationsverlauf Ihrer Firma mit diesem Gmail-Postfach dar. Es **fehlen somit die datenschutztechnischen Pflichtinformationen gemäß DSGVO Art. 13 DSGVO** und es liegt ebenfalls ein **Verstoß nach HGB, § 125a** vor! Ich habe Ihre Email im Original diesem Schreiben beigefügt, sodass man anhand der entsprechenden kryptographischen Hashwerte nachvollziehen kann, dass diese Email nicht verändert wurde.

In der Bundesrepublik Deutschland gilt beim Abschluss oder der Kündigung von Verträgen die Schriftform. Digitale Verträge müssen mit einer Qualifizierten Elektronischen Signatur (QES, ZPO, § 130a, Absatz 3) versehen sein! Verträge in Papier müssen mit Namensunterschrift gezeichnet werden.

Eine Paraphe entfaltet keine Rechtskraft. Zitat: "Eine eigenhändige Unterschrift liegt vor, wenn das Schriftstück mit dem vollen Namen unterzeichnet worden ist. Die Abkürzung des Namens – sogenannte Paraphe – anstelle der Unterschrift genügt nicht." (BFH-Beschluss vom 14. Januar 1972 III R 88/70, BFHE 104, 497, BStBl II 1972, 427; Beschluss des Bundesgerichtshofs – BGH – vom 13. Juli 1967 I a ZB 1/67, Neue Juristische Wochenschrift – NJW – 1967, 2310). Eine Paraphe zeigt nur, dass das jeweilige Schreiben zur Kenntnis genommen wird - es legitimiert kein Rechtsgeschäft (vgl. BAG, 06.09.2012 - 2 AZR 858/11, NZA 2013, 524). Mit dieser Information im Hintergrund sollten Sie sich auch nochmals die Verträge, die die KFW geschlossen hat, angucken - denn dieser ist nur Paraphe gezeichnet und stellt somit kein gültiges Vertragswerk in der Bundesrepublik Deutschland dar. Schauen Sie sich doch bitte mal den originalen Kreditvertrag unter KFW Geschäftspartner-Nr. [#####] an - dort hat der Vertreter der KFW nur mit Paraphe gezeichnet!

Die KFW hat mir ein Informationsschreiben zugestellt, was keine Kündigung ist - da das von der KFW bezeichnete Dokument "Kündigung" nicht mit Namensunterschrift signiert war und man mir keine digitale Version einer Vertragskündigung mit Qualifizierten Elektronischen Signatur (QES, ZPO, § 130a, Absatz 3) zugestellt hat. Die Kündigung der KFW ist nicht

rechtsgültig, da wir nach BGB, §126 bei Vertragskündigung die Schriftformerfordernis haben, die seitens der KFW nicht eingehalten wurde. Dieses Schreiben der KFW ist ohne Namensunterschrift und auch ohne Paraphe ausgeführt und stellt rein rechtlich eine Werbepost mit informativen Charakter dar. Die KFW Bank kündigte einen KFW Studienkredit Vertrag mit diesem Schriftsatz: „**Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und benötigt keine Unterschrift**“- das dies **weder geltendem noch gültigem [Recht](#) in der Bundesrepublik Deutschland entspricht**, sollten die **Rechtsdienstleister bei den GÖRG Anwälten eigentlich wissen!** Auf Grund dieses Sachverhaltes „besteht das Vertragsverhältnis auch weiterhin“ (da nur mit Paraphe gezeichnet, ist der ursprüngliche Kredit Vertrag der KFW weder geltend noch gültig; Verweis auf EGBGB, Art. 7).

Die KFW untersteht dem Bundesfinanzministerium, dessen Vorsitzender des Verwaltungsrats der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck ist. Der KFW sollte somit bekannt sein, wie man im Wirtschafts- und Finanzrecht in der Bundesrepublik Deutschland Verträge schließt und kündigt, zumal Ihre Wirtschaftskanzlei GÖRG Partnerschaft von [Rechtsanwälten](#) mbB die KFW in Fachfragen des Wirtschaftsrecht berät.

Meine faktenbasierte Darstellung ist hier bewusst kontradiktorisch formuliert, um den Widersinn der KFW und der damit verbundenen Rechtsdienstleister in Bezug auf das Gebaren in Vertragsangelegenheiten und die damit einhergehende, willkürliche Auslegung der [Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland](#) durch diese Parteien zu veranschaulichen!

In Bezug auf Ihre Forderung nach Auskunft zur ladungsfähigen Anschrift (vgl. § 68 Abs. 2 Satz 1 StPO) musste ich erschreckt feststellen, dass die StPO in Ausführung vom 2. April 2022 keinen räumlichen Geltungsbereich definiert hat. Ohne Geltungsbereich ist ein Gesetz wegen "Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit" ungültig und nichtig (BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147). Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bekräftigt dies: BVerfGE 3, 288 (319f); 6, 309 (338,363): „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft“.

Ich beteilige mich nicht an Veranstaltungen vor Schiedsgerichten (vgl. BVerfGE Urteil 2BvF2/58 vom 27.04.1959 und OLG München, Beschluss vom 05.02.2013, 9 VA 17/12), sehr wohl jedoch an Verfahren vor Staatsgerichten auf deutschem Boden (vgl. Gerichtsverfassungsgesetz, 1877, Artikel 15)! Ich verweise und zitiere den Artikel 101, Absatz 1 der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, das Grundgesetz: "[Ausnahmegerichte sind unzulässig](#). Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden".

Das Landgericht Potsdam hat die D-U-N-S® NUMMER 343581247 und wurde nach Auskunft durch den Dienstleister Dun & Bradstreet zum "GRÜNDUNGSDATUM : 2021" gegründet (Anhang: 343581247-2-GE.pdf). Laut Auskunft durch Dun & Bradstreet ist die Körperschaft öffentlichen Rechts "Landgericht Potsdam" im Jahr 2021 gegründet worden - erklären Sie mir bitte, wie dann am "Potsdam, den 11. Dezember 2020" der "GESCHÄFTSVERTEILUNGSPLAN 2021 LANDGERICHT POTSDAM Stand 01.01.2021" unterzeichnet werden konnte, wenn die Körperschaft öffentlichen Rechts "Landgericht Potsdam" dort noch gar nicht gegründet war (Anhang: 2020-12-11__Beschluss 34-2020 (GVPI 2021 - schwarz).pdf)!?

Sobald das Landgericht Potsdam Ihrer Firma die "rechtsgültige Ausfertigung" des Urteils - gezeichnet durch einen Urkundungsbeamten (somit Straftatbestand der Urkundenfälschung, Verweis auf Az.:5 OLG 15 Ss 89/18 sowie BGB, §126 und ZPO, §315 Absatz 1) zugestellt hat, leiten Sie mir es bitte weiter. Ich benötige diese Unterlagen für den Insolvenzverwalter (Verweis auf EGBGB, Art. 7).

Wirtschaftliche Anmerkung:

- **US Federal Reserve** und die **Europäische Zentralbank drucken kein FIAT Geld mehr**
- Britische Pensionsfonds stehen vor dem Zusammenbruch
- **Deutsche Bank und Credit Suisse** stehen am **Abgrund** und werden Lehman 2008 finanztechnisch wie ein Kasperletheater aussehen lassen
- BRICS-Staaten bereiten eine alternative Währung zum US-Dollar vor, gestützt durch werttragende Edelmetalle
- China fordert seine Banken auf Stützkäufe für den Yuan zu machen, einhergehend mit den Verkäufen ihrer Staatsreserven in US-Dollar
- Kopplung des US-Dollars an den Euro
- Vatikanstaat ruft durch den Papst zum 30.09.2022 alle Gelder zurück in die Vatikanbank, was dem Markt Billionen von US-Dollar an Kapital entzieht
- Tod des Oberhauptes der Commonwealth Staaten geht einher mit dem Auslaufen der entsprechenden Verträge im See- und Handelsrecht, welche durch Verträge im Völkerrecht ersetzt werden
- Executive Orders des 45sten Präsidenten der USA Donald J. Trump sorgt für Beschlagnahmung von Geldern, die sich des Landesverrates schuldig gemacht haben
- Strategische Kriegsführung im Energiesektor gegen die Bundesrepublik Deutschland zur Schwächung der NATO und EU (vgl. UN-Charta, Artikel 106 und 107)
- Weltweites Kriegsrecht ist unausweichlich, da nur unter „Martial Law“ die Ländergrenzen (nicht im See- und Handelsrecht, sondern im Völkerrecht) verändert werden dürfen

Die folgende, globale, finanzielle Kernschmelze wird dafür sorgen, dass auch die Deutsche Bank, Postbank, Commerzbank und KfW als **Unterstützer** der Agenda 2030 **aus den deutschen Geschichtsbüchern getilgt** werden!

Da Sie Frau Rachel Ristucci und die **Wirtschaftskanzlei GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB** auf Grund der Kenntnisse über den Sachverhalt informiert sind und Sie somit wissentlich und willentlich den **Straftatbestand des Betruges und Erpressung eingehen** und gegen mich richten, wird die gesamte Kommunikation und Kontaktdaten von Ihnen und Ihrem Arbeitgeber an das deutsche, US-amerikanische und russische **Militär zu Zwecken der Beweissicherung und Strafverfolgung übergeben.**

Beteiligte:

- Frau Rachel Ristucci, GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Aktenzeichen [#####] - Landgericht Potsdam
- Landgericht Potsdam
Jägerallee 10 - 12
14469 Potsdam
Bundesrepublik Deutschland
- GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB
Kantstraße 164
10623 Berlin
Bundesrepublik Deutschland

Dieses Schreiben und die zugehörigen, elektronischen Dokumente werden im [Internet](#) veröffentlicht und [verschiedenen Parteien](#) – unabhängig vom Militär - zur Verfügung gestellt.

Dieses Schreiben und die zugehörigen, elektronischen Dokumente wurden nach bestem Wissen, Gewissen, ohne Präjudiz und im guten Glauben erstellt.

Hochachtungsvoll,

coactus feci, c.f.

"They are each models of integrity, loyalty and courage. Duty bound them together on Earth. Honor joins them for all eternity." **General Michael V. Hayden**